



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# UKA

über die  
1. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses  
am Donnerstag, dem 11.04.2019  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:05 Uhr  
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Heinrich Behrens  
Herr Thomas Blaschke  
Herr Rüdiger Janßen  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Gökcen Kuru  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Nadine Pasalk  
Herr Marco Pincus  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann

## CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Matthias Meschede  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Hans-Heinrich Wortmann

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Stefan Helmken  
Herr Marian-Rouven Madeja

## DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

## FW/FDP

Herr Helmut Stalz

## Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzsausschusses

Herr Winfried Borgmann  
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Herr Rainer Nehls

## Verwaltung

Herr Matthias Breuer  
Herr Karsten Harrach  
Frau Monika Holtmann  
Herr Dr. Uwe Liedtke  
Herr Tim Scharschuch

## Entschuldigt fehlten

Herr Timon Lütchen  
Herr Ingolf Pätzold  
Herr Volker Sekunde  
Herr Martin Wiggermann  
Herr Martin Wilhelm

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 11.04.2019 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Blaschke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörer sowie den Vertreter der Presse. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Herr **Dr. Liedtke**, dass ihn heute Vormittag die Nachricht vom plötzlichen Tod von Herrn Dr. Timpe, Dezernent a.D. beim Kreis Unna, erreicht habe.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Aktionsbündnis gegen (Einweg)Plastik hier: Vortrag der Verbraucherzentrale Kamen, Frau Jutta Eickelpasch	
3	Integriertes Klimaschutzkonzept hier: Bericht des Klimaschutzmanagers	
4	Ladeinfrastruktur für Elektromobilität hier: Prüfbericht der Verwaltung	039/2019
5	Auswirkungen der Trockenheit auf den städtischen Baumbestand hier: Bericht der Verwaltung	038/2019
6	Gegen den Plastikwahn, Kamen wird Refill-Stadt hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

### 1.1 Luftschadstoff- und Lärmbelastung Werver Mark

Als Anwohner der Straße Werver Mark berichtete Herr Peter **Streich** über eine, seiner Meinung nach, erhebliche Zunahme der Verkehrszahlen und damit verbundene Luftverschmutzung mit Feinstaub (PM<sub>10</sub>) und Schadstoffen (NO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>). Es sei festzustellen, dass die Straße Werver Mark vom Schwerlastverkehr als Abkürzung zu den Logistikzentren (Bönen, Gießstraße, Henry-Everling-Straße) genutzt werde. Durch den Neubau im Bereich Zollpost/Henry-Everling-Straße sei ein weiterer Anstieg der Belastung mit Schwerlastverkehren zu erwarten. Es sei durch die Luftverschmutzung eine Gefahr für Leib und Leben gegeben. Durch Schule und Kindergarten handele es sich um einen sensiblen Standort. Er fordere die Aufstellung von Messstationen zur Ermittlung der Feinstaub und NO<sub>x</sub>-Werte und die Prüfung von Fahrverboten. Es sei von einer erheblichen Schadstoffbelastung der Luft auszugehen und von einer Überschreitung der Grenzwerte (NO<sub>2</sub> und Feinstaub). Er bat um Information zum weiteren Verfahren und teilte mit, dass er in dieser Angelegenheit die Unterstützung bei Umweltorganisationen suchen werde.

Herr **Dr. Liedtke** wies darauf hin, dass Herr Streich die Problematik der zunehmenden Verkehrsbelastung auf der Straße Werver Mark bereits im Rahmen der Einwohnerfragestunde des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses am 08.04.2019 angesprochen habe. Sein Eintrag werde ernst genommen. Die Anregungen und Bedenken werde er an den Landesstraßenbaubetrieb als zuständigen Straßenbaulastträger weitergeben. Darüber hinaus werde die Stadt Kamen im Zuge der Lärmaktionsplanung auch die Straße Werver Mark betrachten. Die Bürgerbeteiligung zur Lärmaktionsplanung werde im Sommer 2019 erfolgen. Herr Streich könne sich mit den Bedenken und Anregungen einbringen. Die Luftreinhalteplanung falle in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg. Die Stadt Kamen werde die Bezirksregierung entsprechend informieren und um Prüfung bitten. Herr Dr. Liedtke sagte Herrn Streich zu, dass er eine Rückmeldung zu den Prüfergebnissen erhalten werde.

## 1.2 Staubbelastung durch Abbrucharbeiten in Südkamen

Herr **Ehresmann** berichtete, dass durch die Abrissarbeiten im Bereich Henry-Everling-Straße/Zollpost eine immens hohe Staubbelastung in Südkamen aufgetreten sei. Das im Abriss befindliche Gebäude stamme aus den 1960er-Jahren. Er befürchte, dass dort auch asbesthaltige Materialien verbaut worden seien. Ebenfalls sei zu befürchten, dass Schadstoffe aus dem Abriss das Grundwasser belasten könnten. Er erkundigte sich, wer die Abbruchgenehmigung erteilt habe und wer die Einhaltung der Auflagen sowie die Entsorgung der Materialien kontrolliere.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass die Stadt Kamen die Abrissgenehmigung erteilt habe. Darin seien die Auflagen der zuständigen Immissionsschutzbehörde (Kreis Unna) berücksichtigt worden. Nach Bekanntwerden der Staubbelastung durch einen Hinweis am gestrigen Tage habe die Stadt Kamen die zuständige Immissionsschutzbehörde, Kreis Unna, auf die Problematik hingewiesen. Darüber hinaus sei der Bauherr ebenfalls informiert worden. Der Kreis Unna habe am heutigen Tage bereits Kontrollen durchgeführt.

Zu TOP 2.

Aktionsbündnis gegen (Einweg)Plastik

hier: Vortrag der Verbraucherzentrale Kamen, Frau Jutta Eickelpasch

Herr **Blaschke** begrüßte Frau Eickelpasch von der Verbraucherzentrale Kamen.

Frau **Eickelpasch** wies darauf hin, dass sie als Umweltberaterin der Verbraucherzentrale Kamen immer häufiger auf das Thema Plastikmüll angesprochen worden sei. Ein aktuelles Thema, welches die VZ schon länger im Blick habe. Sie erinnerte an die Verteilung von Butterbrotdosen zum umweltfreundlichen Schulanfang oder die Nutzung des Mehrwegangebotes der GWA in Bezug auf Trinkbecher für Veranstaltungen. Der Artikel, der die Begründung eines Aktionsbündnisses gegen (Einweg)Plastik thematisiert hatte (s. Präsentation), habe eine große Resonanz gefunden. Spontan habe sie 15 – 20 Anmeldungen von Bürgerinnen, Bürgern, Akteuren und Kooperationspartnern erhalten. Das 1. Treffen sei für den 08.05.19, 17.00 Uhr in der Verbraucherberatung Kamen geplant. Neben dem Klimaschutzmanager kommt auch eine Referentin aus Herne die über ihre Erfahrungen berichten wird. Eine Ideenwerkstatt, der gemeinsame Austausch und gemeinsame Aktionen sollen das Thema in Kamen voranbringen (Verteilung von Mehrweg-Tüten für den Einkauf, Ausstellung im Pavillon Willy-Brandt-Platz 11 a). Sie verteilte einen Flyer über Handlungsalternativen beim Einkauf und der Bewertung von Kunststoffen. Im Jahr 2018 habe sie einen Marktcheck „Café to go“ mit selbst mitgebrachten Mehrwegbechern statt Plastik durchgeführt. Die Resonanz darauf sei positiv gewesen. In diesem Jahr werde sie einen Marktcheck zum Themenbereich „Einkauf mit mitgebrachten Dosen“ starten.

Herr **Kasperidus** bestätigte, dass viel zu viel Plastik eingesetzt werde. Es sei der richtige Weg, z. B. in Lebensmittelläden über die Vermeidung von Plastik zu informieren. Die Bilder von der Belastung der Meere mit Plastik seien sehr eindringlich gewesen und hätten sehr bewegt. Er zeige sich froh

darüber, dass in der EU ein Verbot von Einwegplastik im März beschlossen worden sei. Seiner Meinung nach seien viele Produkte aus Plastik überflüssig. Er verwies auf aktuelle Zeitungsberichte, in denen von Problemen berichtet wurde, die es beim Einkauf bei der Verpackung in mitgebrachte Behälter gegeben habe. Dies sei für ihn unverständlich und nicht nachvollziehbar. Er appelliere daran, insgesamt auf Plastik zu verzichten.

Für den Vortrag und das Engagement bedankte sich Herr **Diederichs-Späh**. Müllvermeidung sei ein Thema für alle. Dies habe auch der diesjährige Frühjahrsputz wieder gezeigt. Entlang von Straßen sei erschreckend viel Plastikmüll aufgesammelt worden. Aber auch eine Menge von Pfandflaschen seien aufgefunden worden.

Mit Blick auf den anstehenden EU-Wahlkampf verwies Herr **Kuru** auf das Wahlkampfabkommen der Parteien in Kamen. Das Müllaufkommen soll bei der Plakatierung minimiert werden und es würden z. B. von der SPD recycelbare Hohlraumplakate verwendet. Auch thermofeste Mehrwegbecher solle eingesetzt werden. Angesichts der Give-Aways falle es schwer, gänzlich auf Plastik zu verzichten.

Herr **Meier** bestätigte die Ausführungen von Herrn Kuru.

Herr **Behrens** erinnerte an Kampagnen aus den 1980er Jahren wie „Mehrweg ist der Weg“ oder „Einweg ist kein Weg“, die durch das Duale System zunächst verdrängt worden seien. Es sei gut, dass die Themen wieder aufleben würden.

Herr **Kühnapfel** ergänzte, dass die Auswirkungen des Plastikmülls nicht nur im Meer deutlich würden. Überall sei Plastik zu finden. Der aufgebauten to-go-Mentalität sei entgegen zu wirken. Der Einsatz auch von Hundekotbeuteln sei kontraproduktiv, da diese oftmals in der Natur landen würden. Die Bilder vom Plastikmüll in den Meeren seien erschreckend. Ein Weg der positiven Motivation sei erfolgsversprechend.

Herr **Blaschke** appellierte an alle, an dem Bestreben festzuhalten, Plastik weiter aus dem Alltag zu verbannen.

Zu TOP 3.

Integriertes Klimaschutzkonzept  
hier: Bericht des Klimaschutzmanagers

Herr **Scharschuch** informierte anhand einer Präsentation über die nachfolgend aufgeführten Aktivitäten/Aktionen des Klimaschutzmanagers:

- **FRIDAYS FOR FUTURE**  
Ganztägige Aktionstage mit dem Verein Multivision aus Hamburg an den weiterführenden Schulen
  - Motto: Diskutieren statt demonstrieren für eine bessere Zukunft
  - Zugeschnittene Lerninhalte nach 3 Altersgruppen (Klassen 5-7, Klassen 8-10, Oberstufe)
  - 27. u. 28.05.19 Gesamtschulen
  - 13.06.2019 Gymnasium
  - Schirmherrschaft Bürgermeisterin der Stadt Kamen

- Förderung der Nahmobilität durch Aufstellen von 3 Ibombo Fahrrad-reparaturstationen an folgenden Standorten:
  - Willy-Brandt-Platz, Fahrradparkhaus
  - Sesekepark
  - DasDies Radstation am Bahnhof Kamen
  
- Aktion E-Bike-Ladeservice
  - Geschäftsleute/Gastronomen werden angesprochen und erhalten den entsprechenden den Sticker
  - Standorte werden in der Netzkarte bei <https://www.fahrrad.de/e-bike-ladestationen.html> für Ladestationen eingetragen
  
- Klimaschutzgremium
  - 23.05.2019 erstes Treffen des Klimaschutzgremiums
  - Teilnehmer u.a. Bürgerinnen und Bürger, Politik, Interessensgruppen, Vereine, GSW, Verkehrsbetriebe
  - Bildung eines Austauschtools, von Aktionsbündnissen, usw.
  - Themenbezogene Bildung von Arbeitsgruppen (z. B. Nahmobilität, E-Mobilität, Foodsharing, Wildwiesen, Bildungsangebote)
  
- Aktion Stadtradeln
  - Zeitraum: 25.05. bis 14.06.2019
  - Anmeldungen unter: [www.stadtradeln.de/kamen](http://www.stadtradeln.de/kamen)
  - 25.05.19: Gemeinsame Eröffnungsveranstaltung Sternfahrt aller 10 Kommunen zum gemeinsamen Ziel *Naturfreibad Heil in Bergkamen*  
Start am Rathaus in Kamen. Die Ankunft aller Teilnehmer wird 14 Uhr im Naturbad. Programm mit Musik, Gegrilltem und Getränkeangebot. An diesem Tag ist für die STADTRADELER der Eintritt frei (Baden inklusive).
  - 03.06.19, 19.00 Uhr: Vortrag „Allein als Frau mit dem Fahrrad rund um Afrika“ zum Weltfahrradtag, Veranstaltungsort: Aula des Marie-Curie-Gymnasiums, Billy-Montigny-Platz 5, Bönen
  - 12.06.2019, 3. Unnaer BikeNight, Abfahrt in Unna am ZIB/Lindenplatz um 22.00 Uhr, Länge der Tour: ca. 12 km.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Kuru** die Bereitschaft, im Parteibüro eine Lademöglichkeit für E-Bikes anzubieten. Er appellierte auch an die anderen Fraktionen, die innenstadtnahe Parteibüros unterhalten, bei der Aktion E-Lade-Service mitzumachen.

Die intensive Zusammenarbeit des Klimaschutzmanagers mit den Kamener Schulen wurde von Herrn **Behrens** ausdrücklich begrüßt. In diesem Zusammenhang regte er an, auch die Dialogbereitschaft junger Menschen mit der örtlichen Politik zu ermitteln. Es wäre z.B. eine Option gemeinsame Workshops oder Diskussionsrunden mit Politik bzw. Ausschüssen und Schülern anzubieten. Beispielhaft nannte er ein Projekt des Kreises Unna mit den Kreisberufsschulen.

Herr **Scharschuch** sagte eine Prüfung des Vorschlages von Herrn Behrens zu.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass dabei der Fokus zunächst auf den Kreis der weiterführenden Schulen liegen sollte und bei einem solchen Vorhaben die Einbindung des Schulausschusses sinnvoll sei.

Auf Nachfrage von Herrn **Stalz** zur erwarteten Resonanz auf die Aktion „E-Bike-Ladeservice“ antwortete Herr **Scharschuch**, dass er sehr optimistisch sei. Bei dem Angebot sei nur eine Steckdose bereitzustellen. Die Kosten würden zwischen 18-22 Cent pro Ladevorgang betragen. Ladestation und Akkus seien von den Nutzern selbst mitzubringen. Es sei u.a. geplant über die KIG e.V. die Gewerbetreibenden zu kontaktieren. Darüber hinaus sei eine persönliche Ansprache der Lokale im Innenstadtbereich vorgesehen.

Herr **Breuer** wies darauf hin, dass die Einrichtung eines E-Bike-Ladeservices auch im Fahrradabstellanlagenkonzept Kamener Innenstadt enthalten sei und dort viele Beispiele beschrieben worden sind. Zudem sei zu bedenken, dass derzeit eine Akkuladung für eine Strecke von 60 – 80 km ausreiche und eher von einer geringeren Nachfrage auszugehen sei.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Nahmobilitätskonzeptes habe er bereits die Problematik der CO<sub>2</sub>-Äquivalente im Kommunalen Klimaschutzkonzept thematisiert, erklärte Herr **Diederichs-Späh**. Er fragte nach, ob diesbezüglich eine Novellierung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen geplant sei, um neue Berechnungsgrundlagen anwenden zu können.

Herr **Breuer** antwortete, dass derzeit die Maßnahmenumsetzung im Vordergrund stehe und eine Novellierung momentan nicht geplant sei. Neue Berechnungsgrundlagen würden im Rahmen einer mittelfristigen Konzeptfortschreibung angewendet werden.

Herr **Scharschuch** wies darauf hin, dass eine Fortschreibung des Kommunalen Klimaschutzkonzeptes grundsätzlich möglich sein soll. Dies ergab eine frühere Rücksprache mit dem Eco-Speed-Betreiber zu diesem Thema.

Herr **Helmken** gab zu bedenken, dass bei der Forderung verpflichtender Größen eine andere Betrachtungsweise Probleme bereiten könnten, da die Voraussetzungen nicht erfüllt würden.

Zu TOP 4.  
039/2019

Ladeinfrastruktur für Elektromobilität  
hier: Prüfbericht der Verwaltung

Herr **Blaschke** verwies auf die detaillierte und Aussagekräftige Mitteilungsvorlage der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Herrn **Stalz** erläuterte Herr **Scharschuch** die Problematik der Bedarfsermittlung. Verlässliche Prognosen zur Entwicklung der E-Fahrzeugzahlen seien derzeit nicht möglich. Dies sei von vielen Faktoren abhängig (u.a. Produktion, Ausbau des Angebotes, Preis). Ebenfalls nicht festlegbar sei die Standortauswahl (Innenstadt, Wohngebiete, Mehrfamilienhäuser,...). Zur aktuellen Situation in Kamen teilte er mit, dass z. Zt. 48 E-Fahrzeuge in Kamen zugelassen seien. An der Ladestation der GSW in der Bahnhofstraße sei bisher eine Lademenge von < 800 kwh abgenommen

worden. Beispielhaft nannte er, dass der E-Golf der Stadt Kamen mit dieser Stromabnahmemenge eine Strecke von 7.890 km hätte zurücklegen können. Eine solche Ladestation habe eine Anschaffungspreis von ca. 10.000 €. Die lfd. Kosten würden zwischen 1.200 u. 1.500 € pro Jahr liegen. Insofern sei diese Investition derzeit nicht rentierbar. Er schlug vor, dass Thema durch das Klimaschutzgremium weiter auszuarbeiten und zu betrachten.

Die geringen Zulassungszahlen seien nicht auf mangelnde Ladeinfrastruktur zurückzuführen, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Dies sei u.a. auch auf die derzeit hohen Anschaffungskosten zurückzuführen. Es könne festgestellt werden, dass im 1. Quartal 2019 die Zulassungszahlen für Dieselfahrzeuge wieder zugenommen hätten. Es sei nicht primär Aufgabe einer Kommune, Ladesäulen für E-Fahrzeuge zu errichten. Kommunen würden ja auch keine Tankstellen bauen.

Er spreche sich für eine bedarfsorientierte und zielgerichtete Steuerung aus. In neuen Bauprojekten würden E-Ladevorrichtungen regelmäßig berücksichtigt.

Herr **Breuer** ergänzte, dass auch im Nebenzentrum Kamen-Heeren-Werve eine E-Ladestation vorgesehen sei.

Herr **Scharschuch** wies darauf hin, dass auch Firmen ihre Parkplätze mit E-Lade-Einrichtungen ausstatten würden (z. B. ATU, Ikea, Kaufland). Des Weiteren habe die Fa. Tesla am Schattweg (bei Connies Diner) 18 Ladesäulen im Betrieb.

Herr **Madeja** erwiderte, dass sich das Kaufverhalten durch akzeptablere Preise, höhere Ladekapazitäten der Akkus, das steigende Angebot von E-Fahrzeugen auf dem Gebrauchtwagenmarkt in den nächsten Jahren verändern werde. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für E-Mobilität weiter intensiviert werde. Aus diesen Gründen fordere er die Erstellung eines Versorgungskonzeptes mit Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge. Eine kostengünstigere Variante wäre sicherlich der Umbau von Straßenlaternen. Er erkundigte sich, ob bei den derzeit zugelassenen E-Fahrzeugen auch die E-Roller enthalten seien.

Herr **Scharschuch** entgegnete, dass auch in Bezug auf den Umbau von Laternen in einem Konzept die Standorte entsprechend der Nachfrage auszuwählen seien. Dies sei nicht vorhersehbar. Zur Nachfrage, ob E-Roller bei der Anzahl der E-Fahrzeuge berücksichtigt worden seien, werde er noch eine Rückmeldung geben.

*Anmerkung: Eine Rückfrage beim Straßenverkehrsamt ergab, dass es sich bei den 48 Fahrzeugen nur um PkW handelt. E-Roller werden nicht erfasst.*

Herr **Diederichs-Späh** stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Liedtke zu. Auch er sehe die Aufgabe der Ausstattung mit E-Ladestationen bei Wirtschaft und Versorgungsunternehmen. Beispielhaft nannte er die Tesla-Stationen, die vom Autohersteller errichtet und betrieben werden und die gut ausgelastet seien. Hauptthema sei seiner Meinung nach auch die Ausstattung in den Wohnbereichen. Im Rahmen der Diskussion wies er auch auf das Konzept der Landesregierung zu Mobilstationen hin.

In Bezug auf das Thema Mobilstationen verwies Herr **Breuer** auf die Berichterstattung im Planungs- und Straßenverkehrsausschuss. Auf Kreisebene habe man sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Derzeit stocke es auf Landesebene.



Herr **Helmken** verdeutlichte, dass die Kommune als Impulsgeber eine wichtige Funktion habe. Es gehe nicht um den Aufbau der kompletten Infrastruktur.

Herr **Stalz** sprach sich für eine Regelung zur Installation von E-Ladestationen im Bau- oder Planungsrecht aus. Zudem solle im Bereich von Gewerbegebieten die Installation angeregt werden (z.B. Bebauungsplanangebot Nr. 36 Ka-Me, Gewerbegebiet Unna-Kamen).

Herr **Kasperidus** entgegnete, dass die Stadt an vielen Stellen als Impulsgeber fungiere. Die Mitteilungsvorlage sei sehr aussagekräftig. Er würde vernünftige Ideen eingebracht.

Auf Nachfrage von Herrn **Meier** erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass im privaten Bereich mit einer Steckdose in der Garage die Aufladung eines E-Fahrzeuges erfolgen könne.

Bezug nehmend auf den Einwand von Herrn Kasperidus entgegnete Herr **Stalz**, dass insgesamt auf die Bedeutung des Klimaschutzes für die folgenden Generationen hinzuweisen sei.

Die Ausstattung mit E-Lademöglichkeiten könne nicht vorgeschrieben werden, erwiderte Herr **Liedtke** zur Anregung von Herrn Stalz. Eine rechtliche Handhabe, dies planungsrechtlich zu verankern sei nicht gegeben. Zudem werde das Thema durchaus im Rahmen von Bauberatungen angesprochen.

Der vorgelegte Prüfbericht sei seiner Meinung nach sehr aussagekräftig, erklärte Herr **Kasperidus**.

Herr **Blaschke** regte abschließend an, das Thema E-Mobilität an anderer Stelle (z.B. im Klimaschutzgremium) aufzugreifen und dort intensiv zu diskutieren.

Zu TOP 5.  
038/2019

Auswirkungen der Trockenheit auf den städtischen Baumbestand  
hier: Bericht der Verwaltung

Eingangs bedankte sich Herr **Behrens** für den umfassenden Bericht der Verwaltung. Sodann erkundigte er sich, welche Baumauffälle durch Trockenheit auf der Fläche des Bürgerwaldes zu verzeichnen gewesen seien.

Herr **Schmitz** informierte, dass im Bereich des Bürgerwaldes 6-7 Bäume ersetzt worden seien. Die Auffälle seien gering gewesen.

In seiner Stellungnahme zur Mitteilungsvorlage kritisierte Herr **Kühnapfel** den Hinweis auf die Liste mit empfohlenen Stadtbaumarten der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz Arbeitskreis „Stadt bäume“ (GALK). Er forderte auf, den ökologischen Aspekt stärker zu berücksichtigen. Es sei eine große Zahl heimischer Baumarten vorhanden (z.B. Linde, Eiche), die an trockenwarmen Standorten gedeihen. Stadtbäume seien auch Lebensraum für viele Arten, dies sei zu berücksichtigen. Die Anpflanzung fremdländischer

Gehölze würde zu einer Vernichtung wichtiger Lebensräume und damit zu einem Artensterben führen. Es sei kontraproduktiv, auf fremdländische Gehölze zu setzen. Gegen Einzelpflanzungen fremdländischer Arten in exponierten Lagen, z.B. aus gestalterischen Gründen, sei nichts einzuwenden. Im Wesentlichen sollten jedoch einheimische Baumarten gepflanzt werden.

Herr **Behrens** stimmte grundsätzlich den Ausführungen von Herrn Kühnapfel zu. Bei der Artenauswahl seien jedoch auch Probleme wie Pilz- und Schädlingsbefall zu berücksichtigen.

Herr **Schmitz** erklärte, dass die Stadt auch weiterhin die Pflanzung heimische Gehölze priorisiere. Die Pflanzenauswahl werde vor dem Hintergrund mehrere Kriterien getroffen; dazu gehören Ökologie, Raumverfügbarkeit, Gestaltung und gerade im innerstädtischen Bereich die Standorteignung und Widerstandsfähigkeit, z.B. in Bezug auf Trockenheit und Schädlinge.

#### Zu TOP 6.

Gegen den Plastikwahn, Kamen wird Refill-Stadt  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr **Madeja** begründete den vorliegenden Antrag.

Mit dem Hinweis auf den Vortrag von Frau Eickelpasch zu dem Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung sei verdeutlicht worden, dass das Thema bereits aufgegriffen wurde und sich mit der Bildung des Aktionsbündnisses weiter entwickeln werde, stellte Herr **Dr. Liedtke** fest. Insofern empfehle er, den Antrag zurückzuziehen und das Thema im Klimaschutzgremium weiter voranzubringen.

Nach eingehender Diskussion erklärte Herr **Helmken** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der vorliegende Antrag zunächst zurückgestellt werde und in der Septembersitzung des Umwelt- und Klimaschutz Ausschusses erneut behandelt werden soll.

#### Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

7.2 Anfragen

7.2.1 Energieaudit der Verwaltung und der kommunalen Betriebe

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob und wann ein Bericht zum Energieaudit der Verwaltung vorgelegt werden.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Rückmeldung zu.

### 7.2.2 NFG Naturreport

Der Naturreport der Naturförderungsgesellschaft des Kreises Unna wurde im Vorfeld der Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt. Herr **Behrens** empfahl die Lektüre des Berichtes.

### 7.2.3 Sesekepark – Steinfläche unter der Hochstraße

Im südlichen Bereich des Sesekeparkes, unter der Hochstraße, befindet sich eine Schotterfläche, führte Herr **Helmken** aus. Diese Ausgestaltung sei keine qualitativ hochwertige Gestaltung und könne dazu führen, dass Steine in die Seseke geworfen werden.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass diese Fläche bereits mit dem Bau der Hochstraße entstanden sei. Die Stadt Kamen sei nicht Eigentümerin der Fläche und damit habe sie auch kaum Gestaltungsmöglichkeiten.

### 7.2.4 Fassaden-, Dachbegrünung und Photovoltaik

Bezug nehmen auf den diesbezüglichen Beschluss in der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses am 15.11.2018 erkundigte sich Herr **Helmken** nach dem derzeitigen Sachstand.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass im Rahmen der Bauberatung grundsätzliche Informationen zu den Möglichkeiten von Fassaden-, Dachbegrünung und Photovoltaik in Form eines Flyers oder einer Darstellung auf der Homepage der Stadt Kamen vorbereitet werden. Grundsätzlich werden die Umsetzungsmöglichkeiten bei Neubauten oder Sanierungen städtischer Gebäude entsprechend der Beschlusslage geprüft. Konkrete Umsetzungsmaßnahmen könne er jedoch noch nicht benennen.

Zum Thema „Energiegewinnung auf kommunalen Dächern“ sei ein Bericht in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses vorgesehen.

### 7.2.5 Baumfällungen entlang der Heerener Straße

Auf Nachfrage von Herrn **Kühnapfel** antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass es sich um eine Fällungsmaßnahme des Landesbetriebes an der L 663 gehandelt habe.

### 7.2.6 Baumfällungen im Bereich Zollpost

Herr **Borgmann** erkundigte sich nach den Fällungsmaßnahmen im Bereich Zollpost.

Diesbezüglich erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass diese im Zusammenhang mit dem Abriss und Neubau P3 erforderlich war. Entsprechende Fällgenehmigungen seien erteilt worden. Eine Bilanzierung nach der Baumschutzsatzung sei erfolgt. Es sei eine Ausgleichszahlung vereinbart worden, da ein Ausgleich auf der vorhandenen Fläche nicht möglich war.

### 7.2.7 Baumanordnung im Bürgerwald

Herr **Helmken** fragte nach, weshalb die Baumanordnung stringent in Reih und Glied erfolge.

Herr **Schmitz** erklärte, dass dadurch dem jeweiligen Baumspender das einfache Auffinden seines Baumes in der Örtlichkeit ermöglicht werde. Die Pflanzung erfolge oft aus persönlichen Gründen und das Interesse daran, den Baum wiederzufinden sei sehr groß. Darüber hinaus ergebe sich die Anordnung aus dem jeweils gleich großen Raum, den ein Baum für die weitere Entwicklung zur Verfügung haben soll und der dann auch die Pflege erleichtere.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Blaschke** schloss die Sitzung um 20.10 Uhr.

gez. Blaschke  
Vorsitzender

gez. Breuer  
Schriftführer